

Frank Schenker

Laizismus- und Säkularismusdebatten in den bundesdeutschen Parteien

1. Vom »neuen Atheismus« zum neuen politischen Laizismus?

Der Nachbar der Simpsons, Ned Flanders, bekommt schwere Schuldgefühle, nachdem er Homer Simpson ins Gesicht geschlagen hat. In einem Alptraum wandelt er durch die Hölle, begegnet dort einigen sehr gruseligen Gestalten und steht schließlich vor Satan selbst. Der Dämon hat ein bekanntes Gesicht – das des Evolutionsbiologen Richard Dawkins.¹ Dass Dawkins in einer der erfolgreichsten Zeichentrickserie diesen Gastauftritt hat², kommt nicht von ungefähr. Er ist in den letzten Jahren zum weltweit bekannten Stichwortgeber des »neuen Atheismus« geworden. Gemeinsam mit Personen wie Daniel Dennett, Sam Harris, Christopher Hitchens, Michel Onfray oder Michael Schmidt-Salomon hat Dawkins die theoretische Grundlage für eine Reihe von glaubenskritischen Initiativen gelegt.³ Am bekanntesten dürften die in verschiedenen Großstädten europäischer Länder durchgeführten Werbekampagnen auf Linienbussen sein, auf denen mit Werbeanzeigen in provokanter Art und Weise für das Gedankengut des "neuen Atheismus" geworben wurde.

Angesichts der Tatsache, dass Religion in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren generell wieder stärker in den Fokus der Debatten gerückt ist und

- 1 Dawkins' inzwischen wohl bekanntestes glaubenskritisches Werk stammt aus dem Jahr 2006: Richard Dawkins, *The god delusion*, Boston 2006. Im gleichen Jahr wurde auch der Begriff des neuen Atheismus geprägt. Vgl. Gary Wolf, »The Church of the Non-Believers« in: *Wired* 14.11. vom November 2006 (<<http://www.wired.com/wired/archive/14.11/atheism.html>> am 6.1.2013 und erläuternd: Gert Pickel / Anja Gladkich, »Politischer Atheismus – Der ›neue‹ Atheismus als politisches Projekt oder Abbild empirischer Realität« in: ders. / Oliver Hidalgo (Hg.), *Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?* (= Politik und Religion), Wiesbaden 2013, S. 137–163. Dawkins hatte aber bereits in früheren Veröffentlichungen Glaubenskritik vorgetragen, vgl. bspw. Richard Dawkins, *The blind watchmaker*, New York, NY 1986.
- 2 So geschehen in der Folge »Black-Eyed Please«. Diese Episode ist die Folge 15 aus Staffel 24 von »The Simpsons« und wurde am 10.3.2013 in den USA uraufgestrahlt.
- 3 Vgl. zur Buskampagne u.a. Meike Laaff, »Atheisten starten Roadtrip, Buskampagne gegen Gott«, in: *taz.de* vom 7.5.2009 (<<http://www.taz.de/!34303/>> am 6.1.2014), Anna Fischhaber, »Höllenfahrt durch München, ›Gottlos glücklich‹-Buskampagne« in: *sueddeutsche.de* vom 17.5.2010 (<<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/gottlos-gluecklich-buskampagne-hoellenfahrt-durch-muenchen-1.443924>> am 6.1.2014).

daher zumindest von Ansätzen einer neuen Religionspolitik gesprochen werden kann⁴, stellt sich die Frage, ob der neue Atheismus oder aber auch ältere säkularistische Vorstellungen mittlerweile vielleicht auch Eingang in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess erlangt haben. Einige Indizien sprechen dafür, dieser auf den ersten Blick vielleicht ungewöhnlichen Frage nachzugehen. So waren die jüngsten religiopolitischen Kontroversen, die sich oftmals um die Integration islamischer Minderheiten, aber auch um die Aktualität des bundesdeutschen Religionsverfassungsrechts insgesamt drehten⁵, zumindest teilweise von einer laizistischen Unterströmungen mitbestimmt. Exemplarisch dafür mag die Verbotsdebatte um den muslimischen Schleier in Berlin stehen, die zu einem generellen Verbot religiöser Zeichen im öffentlichen Dienst dieses Bundeslandes führte. In diesen religiopolitischen Debatten – so schätzt Hans Michael Heinig ein – gab es »Anzeichen für einen zunehmend aggressiver werdenden weltanschaulichen Atheismus«.⁶

Ähnliche Anzeichen finden sich auch im Bereich der Rechtsprechung, die im religiopolitischen Kontext der vergangenen Jahre häufig bemüht worden ist. Christian Henkes und Sascha Kneip weisen darauf hin, dass insbesondere in den auf die Kopftuchverbote der Jahre 2004 bis 2006 folgenden Gerichtsverfahren zumeist zwar das Verbot des Schleiers für rechtmäßig erklärt wurde, die Gerichte das Verbot aber gleichzeitig auf Symbole anderer Religionsgemeinschaften ausdehnten. Die Autoren sehen hierin einen »Trend zur ›Laizisierung‹«.⁷

Gert Pickel und Anja Gladkich stellten kürzlich fest, »dass der ›Neue Atheismus‹ nicht mehr und nicht weniger ist, als die Popularisierung und Politisierung eines alten Konzeptes in Reaktion auf die Debatten um eine ›Rückkehr der Religionen‹ und einen ›Kampf der Kulturen‹«.⁸ In der breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung könne aber von einer ablehnenden oder gar kämpferischen Haltung gegenüber Religion keine Rede sein.⁹ Der »neue Atheismus« sei daher als ein politisches Projekt zu betrachten, dass sich von anfänglich außerparlamentarischen Initiativen mittlerweile zu einem Thema gewandelt hat, das in den politischen Parteien angekommen ist. Kurz: Der »neue Atheismus« münde in einen neuen Anlauf eines politisch ambitionierten Laizismus.

Damit stellt sich die Frage, ob und inwieweit eine Wiederbelebung laizistischer Vorstellungen im politischen Entscheidungszentrum tatsächlich relevant geworden ist bzw. relevant werden könnte. Da Parteien in der bundesdeutschen Demokratie eine Schlüs-

4 Zum Begriff Religionspolitik vgl. Antonius Liedhegener, »Religionsfreiheit und die neue Religionspolitik. Mehrheitsentscheide und ihre Grenzen in der bundesdeutschen Demokratie« in: *Zeitschrift für Politik* 55, Nr. 1 (2008), S. 84–107.

5 Vgl. den Beitrag von Antonius Liedhegener im vorliegenden Heft.

6 Hans Michael Heinig, »Säkularismus und ›Laizismus‹ als Anfragen an das säkulare Religionsrecht in Deutschland« in: Lothar Häberle / Johannes Hattler (Hg.), *Islam – Säkularismus – Religionsrecht. Aspekte und Gefährdungen der Religionsfreiheit*, Heidelberg 2012, S. 79.

7 Christian Henkes / Sascha Kneip, »Von offener Neutralität zu (unintendiertem) Laizismus. Das Kopftuch zwischen demokratischem Mehrheitswillen und rechtsstaatlichen Schranken« in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 4, Nr. 38 (2010), S. 608.

8 Pickel / Gladkich, Politischer Atheismus, aaO. (FN 1), S. 160.

9 Vgl. Pickel / Gladkich, Politischer Atheismus, aaO. (FN 1), S. 158.

selstellung einnehmen, wenn es darum geht, Regierungsmehrheiten zu bilden und politische Programme zu formulieren, sind die dort geführten Debatten für die politische Entwicklung zentral. Zur Überprüfung der gestellten Frage empfiehlt sich daher ein Blick auf die Parteienlandschaft und zu den möglicherweise heute stärker als noch vor einiger Zeit säkularistisch oder laizistisch geprägten Parteien.¹⁰

Im Folgenden geht es zunächst um die innerparteilich vorgebrachten und in den Parteien teilweise bereits institutionalisierten laizistischen Forderungen in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Mittels einer Untersuchung von Veröffentlichungen, Internetseiten, Anträgen und Wahlprogrammen der Parteien wird zu zeigen sein, wie das Thema Staat-Kirche-Verhältnis – vorerst vor allem innerparteilich – wieder zum Diskussionsobjekt geworden ist. In der SPD, bei den Linken, den Grünen und der Piratenpartei gibt es aktive laizistische oder säkularistische Strömungen, in der FDP wird auf Parteitagen über Religionspolitik zumindest diskutiert. Die konkreten Angriffspunkte sind quer durch die Parteien häufig gleich. So wird u.a. über die Frage der von den Bundesländern gezahlten Staatsleistungen gesprochen, über den sogenannten Dritten Weg beim kirchlichen Arbeitsrecht und nicht zuletzt über die Zukunft des konfessionellen Religionsunterrichts. Diese Forderungen werden im dritten Abschnitt beispielhaft erläutert.

Eine Betrachtung der religiopolitischen Aussagen in den Programmen zur Bundestagswahl 2013 zeigt, wie schwach oder stark die laizistischen Forderungen bereits im jeweiligen Mainstream der Parteien angekommen sind. Schließlich werden Parallelen zur Laizismus-Debatte im häufig als Vorbild bezeichneten Frankreich gezogen, um die bundesdeutschen Laizismusvorstellungen zumindest vorläufig einordnen zu können.

Die Begriffe Laizismus und Säkularismus können zwar im sozialwissenschaftlichen Diskurs unterschieden werden, in den politischen Debatten findet diese Differenzierung allerdings kaum statt. Zum besseren Verständnis sollen die Begriffe hier synonym verwendet werden.

2. Säkulare und laizistische Arbeitskreise in den Parteien

Zwischen 2010 und 2013 haben sich in drei Bundestagsparteien Arbeitsgruppen bzw. -kreise gebildet, die für eine stärkere Staat-Kirche-Trennung eintreten. In der SPD, in der Linken und bei Bündnis 90 / Die Grünen wurden diese Initiativen mit unterschiedlichem Erfolg gestartet. Außerdem wurden in der FDP Anträge mit laizistischen Forderungen an Landesparteitage gestellt und auch in der Piratenpartei, die derzeit in vier Landesparlamenten vertreten ist, hat sich eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft gegrün-

10 Diese könnten dann als Gegenpol zu den sogenannten »religiöse Parteien« angesehen werden, wobei die Bezeichnung »religiöse Parteien« für die europäische und damit auch für die deutsche Christdemokratie umstritten ist. Vgl. dazu Antonius Liedhegener/ Torsten Oppelland, »Die christdemokratische Parteienfamilie« in: Uwe Jun (Hg.), *Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?* (= Parteien in Theorie und Empirie, Bd.2), Opladen/Berlin/Toronto 2012, S. 110 und Timotheos Frey, *Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg*, Baden-Baden 2009, S. 46.

det, die für laizistische Forderungen streitet. Bei CDU und CSU gibt es keine säkularistischen Bestrebungen, die AfD hat sich bisher nicht zur Frage des Staat-Kirche-Verhältnisses geäußert.

2.1 Laizistinnen und Laizisten in der SPD

Die laizistische Strömung mit der größten medialen Aufmerksamkeit und dadurch auch mit der größten Bekanntheit ist sicherlich der Arbeitskreis Laizisten in der SPD. Treffen der Genossinnen und Genossen, die sich für eine stärkere Trennung von Staat und Kirche einsetzen, gab es erstmals 2010.¹¹ Auf einem ersten Bundestreffen im Oktober des Jahres wurden Grundsätze, Ziele und Forderungen der Gruppe beschlossen, die damit zugleich anstrebte, offizieller Arbeitskreis innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu werden. Die Beschlüsse wurden an den Parteivorstand übermittelt, die Bezeichnung als Arbeitskreis blieb zunächst vorläufig.¹²

Zu den erklärten Zielen der Gruppe gehören u.a. der Verzicht auf religiöse Symbole in öffentlichen Gebäuden, die Abschaffung von »Steuerprivilegien« der Kirchen, die Ersetzung von theologischen Fakultäten durch religionswissenschaftliche Institute und schließlich auch die Nichterwähnung von Gottesdiensten oder Andachten in den offiziellen Programmen von SPD-Parteitagen.¹³

Im Mai 2011 wurde der Wunsch der Laizisten auf innerparteiliche Anerkennung im Bundesvorstand der Partei beraten und letztlich einstimmig abgelehnt. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel erläuterte die Entscheidung des Vorstands zu Beginn des Jahres 2012 in einem längeren Text auf seiner Facebook-Seite. Er bezeichnete dabei den Antrag auf Anerkennung als »ein völlig legitimes Interesse. (...) Die entscheidende Frage lautet aber: Ist das die Position der SPD? Die klare Antwort darauf ist: Nein.«¹⁴ Die Anhänger des Laizismus sind für Gabriel lediglich Vertreter einer Minderheitenposition innerhalb der Partei. Er bemüht sich in seinem Text sehr deutlich darum den Eindruck zu vermeiden, es ginge darum der Gruppe ihre Aktivität zu untersagen: »Der Parteivorstand hat schlicht beschlossen, dass kein Arbeitskreis in seinem Auftrag die strikte Trennung von Kirche und Staat propagieren soll, weil es nicht Mehrheitsmeinung in unserer Partei ist.«¹⁵ Gleichzeitig erklärte der Parteivorsitzende, dass die Sachlage anders wäre, wenn eine Gruppe von »Atheisten und Freidenkern« sich hätte als Arbeitskreis anerkennen lassen wollen, darum sei es den Laizisten aber explizit nicht gegangen. Hintergrund dieser

11 Vera Rosigkeit, »Trennung von Staat und Kirche gefordert« in: *vorwaerts.de* vom 15.7.2010 (<http://www.vorwaerts.de/artikel_archiv/25514/trennung-von-staat-und-kirche-gefordert.html> am 14.1.2013).

12 Vgl. Nils Opitz-Leifheit (Hg.), *Laizistische Sozis, Über uns. Wer wir sind*, 29.5.2011, (<<http://www.laizistische-sozis.eu/inhalte-menu/ueber-uns-selbstdarstellung>> am 6.1.2014).

13 Vgl. Opitz-Leifheit, Nils (Hg.), *Laizistische Sozis, Forderungen*, 10.7.2011, (<<http://www.laizistische-sozis.eu/inhalte-menu/forderungen-politische-ziele>> am 6.1.2014).

14 Sigmar Gabriel, Eintrag vom 14.2.2012, in: Facebook-Seite von Sigmar Gabriel, SPD (<<https://www.facebook.com/sigmar.gabriel/posts/327575070608555>> am 14.1.2013).

15 Sigmar Gabriel, Eintrag vom 14.2.2012, aaO. (FN 14).

Äußerung ist wohl, dass in den SPD-Strukturen zwischen Arbeitsgemeinschaften, Foren und Arbeitskreisen unterschieden wird.¹⁶ Zahlreiche Arbeitsgemeinschaften und Foren widmen sich spezifischen Politikfeldern, Arbeitskreise gibt es dagegen nur zwei: Den Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD und den Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.¹⁷

Während unter dem Facebook-Eintrag Sigmar Gabrels über hundert überwiegend kritische Kommentare eingingen, haben die Mitglieder der Strömung einen Weg gefunden, mit der Entscheidung umzugehen. Sie nennen sich nicht Arbeitskreis, sondern »Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Trennung von Staat und Religion – Laizistinnen und Laizisten in der SPD«¹⁸. Im November 2012 hat die Gruppe auf einem Bundestreffen in Roßdorf beschlossen, dass kurzfristig kein neuer Antrag auf Anerkennung an den Parteivorstand gestellt werden soll.¹⁹

Personell können die laizistischen Sozialdemokraten mit einigen prominenten Gesichtern aufwarten. In der Gründungsphase hieß es, dass durchaus bekannte Politikerinnen und Politiker wie Ingrid Matthäus-Maier, Rolf Schwanitz, Carsten Schneider und Matthias Machnig zur Gruppe gehören.²⁰ Während Schwanitz und Matthäus-Maier nach wie vor für die Laizisten aktiv sind, scheint das Engagement aber bei den anderen – womöglich auch durch die Entscheidung des Parteivorstandes – zum Erliegen gekommen zu sein.²¹

2.2 Bundesarbeitsgemeinschaft Laizismus in der Linken

Wenige Monate nachdem sich im Sommer 2010 die Laizisten in der SPD zusammengeschlossen hatten, gab es auch in der Partei Die Linke erste Bestrebungen zur Gründung einer eigenen Strömung. Dieser Prozess begann zunächst auf Landesebene. In Bayern gründete sich im Januar 2011 eine »Landesarbeitsgemeinschaft Laizismus«, die im März des Jahres vom bayrischen Landesvorstand der Partei offiziell anerkannt wurde.²² Darauf folgten die Gründungen von Arbeitsgemeinschaften in Thüringen und Nordrhein-West-

16 Internetseite der SPD, *Netzwerk, Mitdenken, mitreden – mitgestalten*. (<<http://www.spd.de/partei/netzwerk/>> am 12.1.2014).

17 Internetseite der SPD, *Netzwerk, Arbeitskreise*. (<<http://www.spd.de/partei/netzwerk/16020/arbeitskreise.html>>).

18 Opitz-Leifheit, Laizistische Sozis, Über uns, aaO. (FN 12).

19 Vgl. Opitz-Leifheit, Laizistische Sozis, Über uns, aaO. (FN 12).

20 Vera Rosigkeit, Trennung von Staat und Kirche gefordert, aaO. (FN 11).

21 Die Namen Machnig und Schneider finden sich seit dem Jahr 2011 in den Medien nicht mehr im Zusammenhang mit der Laizismus-Initiative. Carsten Schneider reagierte auf eine Anfrage des Verfassers zu seinem Engagement nicht.

22 Internetseite der Partei Die Linke, *Erklärung zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Laizismus in und bei der Partei Die Linke*, 16.6.2012 (<http://www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/bag_laizismus/120712_gruendungserklaerung_bag_laizismus.pdf> am 14.1.2013).

falen. Schließlich kam es im April 2013 zu einem überregionalem Treffen, auf dem die »Bundesarbeitsgemeinschaft Laizismus« ins Leben gerufen wurde.²³

Die BAG Laizismus wurde bisher nicht von der Partei – zuständig hierfür ist der Bundesausschuss – anerkannt, da dafür laut Statut Landesarbeitsgemeinschaften in mindestens acht Bundesländern existieren müssten. Laut den linken Laizisten seien neben den Initiativen in Bayern, Thüringen und Nordrhein-Westfalen weitere Zusammenschlüsse in Hessen, Baden-Württemberg und Berlin in Vorbereitung.²⁴

Im Gründungsauftruf der Bundesarbeitsgemeinschaft wird der Laizismus als Bedingung für Demokratie beschrieben: Es sei »eine umfassende Beschäftigung mit dem Thema Laizismus wünschenswert, ja gar notwendig, um die völlig undemokratischen Folgen des heute vorherrschenden Verständnisses und der aktuellen Handhabung der vom Grundgesetz gebotenen Trennung von Staat und Kirche zu beenden und die Beziehungen zwischen Staat und Religionen / Weltanschauungen demokratisch zu regeln und dynamisch zu entwickeln.«²⁵

Schon vor der Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft hatte Die Linke als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien am Laizismus als Begriff in ihrem Parteiprogramm festgehalten. Gleichzeitig bietet sie auch eine Erklärung an, wie er verstanden werden soll: »Laizismus bedeutet für uns die notwendige institutionelle Trennung von Staat und Kirche.«²⁶ So beschloss es der Erfurter Parteitag der Partei im Oktober 2011. Im ersten Entwurf zum Parteiprogramm, der im März 2010 von der Programmkommission vorgelegt wurde, war allerdings noch nicht von Laizismus die Rede. Es ist also davon auszugehen, dass das zwischenzeitliche Entstehen von Initiativen auf Landesebene hier bereits Widerhall gefunden hat.

2.3 Bundesweiter Arbeitskreis Säkulare Grüne

Bei Bündnis 90 / Die Grünen war es zunächst der Parteinachwuchs, der durch Engagement für eine stärkere Staat-Kirche-Trennung auffiel. Im Mai 2011 wurde auf einem Bundeskongress der Grünen Jugend in Würzburg ein Beschluss unter dem Titel »Säkularismus neu denken!«²⁷ gefasst. Darin heißt es: »Wir leben in einer christlich geprägten Gesellschaft, der Staat muss nach unseren Vorstellungen jedoch völlig neutral gegenüber

- 23 Internetseite der LAG Laizismus in der Linken. NRW, *LaizistInnen in der LINKEN nun bundesweit organisiert*, 28.4.2013 (<http://www.laizismus-dielinke-nrw.de/blog_laizismus/post/2013/04/28/laizistinnen-in-der-linken-nun-bundesweit-organisiert/> am 6.1.2014).
- 24 Internetseite der LAG Laizismus in der Linken. NRW, *LaizistInnen in der LINKEN nun bundesweit organisiert*, aaO. (FN 23).
- 25 Internetseite der Partei Die Linke, Erklärung zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Laizismus in und bei der Partei Die Linke, aaO. (FN 22).
- 26 Programm der Partei Die Linke (<http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_efurt2011.pdf> am 14.1.2013).
- 27 Internetseite der Grünen Jugend, *Säkularismus neu denken!*, 20.5.2011, (<<http://www.gruen-e-jugend.de/node/14039>> am 14.1.2013).

Religionen und Weltanschauungen sein.«²⁸ Und konkret wird beispielsweise gefordert, »den Gottesbezug ersatzlos aus der Präambel zu streichen.«²⁹

Im Frühjahr 2013 gründete sich dann auch bei den Grünen eine eigene Plattform, die sich explizit der Trennung von Staat und Religion verschrieben hat: der »Bundesweite Arbeitskreis Säkulare Grüne«. Organisatorisch hat dieser sich zunächst zum Ziel gesetzt, von der Bundespartei als Bundesarbeitsgemeinschaft anerkannt zu werden. Dazu ist unter anderem die Präsenz von Arbeitsgemeinschaften in mindestens sechs Landesverbänden notwendig.³⁰ Weiterhin will sich der Arbeitskreis in die Parteiarbeit einbringen und dabei eigene Positionen genauer bestimmen. Schließlich soll auch eine Vernetzung »mit laizistischen und säkularen Strömungen in anderen demokratischen Parteien und mit Verbänden« erfolgen.³¹

Inhaltlich sehen sich die Säkularen Grünen als Plattform für einen innerparteilichen Verständigungsprozess: »Wir möchten ein Programm erarbeiten, das die ökologischen, sozialen, menschenrechtlichen und demokratischen Ziele und Werte unseres Grundsatzprogramms ›säkular‹ und humanistisch ausbuchstabiert. Hierzu soll der Bundesweite Arbeitskreis Säkulare Grüne ein Diskussionsforum sein, in dem Positionen zu den unterschiedlichen Themenfeldern in der Religionspolitik diskutiert werden können.«

Ein Jahr nach ihrer Gründung erklärte der Arbeitskreis im Januar 2014 auf seiner Facebook-Seite, dass er auf erfolgreiche 12 Monate zurück schaue. »Wir haben in sieben Landesverbänden landesweite Arbeitskreise gegründet. (...) Eine Kommission wurde auf Bundesebene eingerichtet, die sich in dem kommenden Jahr damit auseinandersetzen wird und die Diskussion in die Partei hineingeraten [sic] wird. Und das beste [sic] ist, wir sitzen auch in dieser Kommission! Damit hat die Partei uns auch als Akteur in der Parteidiskussion anerkannt.«³² Eine offizielle Anerkennung des Arbeitskreises auf Bundesebene entsprechend des Statuts der Partei steht demnach noch aus.

2.4 FDP: Trennung, Akzeptanz und Miteinander

Laizismus und Säkularismus haben Tradition bei den Liberalen. In der FDP wurde bereits in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Forderung nach einer stärkeren Trennung von Staat und Kirche laut. Im Jahr 1974 beschloss die Partei auf ihrem Hamburger Parteitag das Thesenpapier »Freie Kirche im freien Staat«. Darin wurden beispielsweise die Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzugs, die Ablösung der

28 Internetseite der Grünen Jugend, Säkularismus neu denken!, aaO. (FN 27).

29 Internetseite der Grünen Jugend, Säkularismus neu denken!, aaO. (FN 27).

30 Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften von Bündnis 90 / Die Grünen (<http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BAG-Statut-2012.pdf> am 6.1.2014).

31 Internetseite des Bundesweiten Arbeitskreises säkulare Grüne, *Unser Selbstverständnis*, 23.3.2013 (<<http://saekulare-gruene.de/unser-selbstverständnis/>> am 6.1.2014).

32 Bundesweiter Arbeitskreis Säkulare Grüne, Eintrag vom 13.1.2014, in: Facebook-Seite von Bundesweiter Arbeitskreis Säkulare Grüne (<https://www.facebook.com/SaekulareGruene/posts/230462447134210?stream_ref=10> am 15.1.2014).

Staatsleistungen an die Kirchen und die Überprüfung der Zusammensetzung von Rundfunkräten als Ziele festgehalten.³³

Ein Antrag an den Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein knüpfte im November 2012 an die fast vierzig Jahre alten Aussagen an. Die Forderung »Freie Religionen für freie Bürgerinnen und Bürger – für einen weltanschaulich neutralen Staat« wurde vom Landesvorstand der Jungen Liberalen, von zwei Landesfachausschüssen der Partei sowie von mehreren Einzelmitgliedern getragen. In der Abstimmung scheiterte der Antrag allerdings – nach rund anderthalb Stunden Debatte – mit 66 zu 128 Stimmen.³⁴

Während die Antragsteller im Norden keinen Erfolg hatten, gab es im März 2013 in der sächsischen FDP eine andere Entwicklung. Dort wurde der Antrag »Klare Regeln für Verhältnis zwischen Kirche und Staat – Trennung, Akzeptanz und Miteinander« von den Delegierten auf dem Landesparteitag in Neukieritzsch angenommen.³⁵ Darin fordern die sächsischen Liberalen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine Überprüfung der Zahlung von Staatsleistungen und die Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzugs: »Die bisherige Kirchensteuer, die durch den Freistaat im Veranlagungsverfahren zur Einkommenssteuer mit festgesetzt wird und vom Freistaat eingezogen wird, ist im Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen durch ein kircheneigenes Beitragssystem zu ersetzen.«³⁶ Eine Gesetzesinitiative, in der die Forderungen des Parteitagsbeschlusses aufgegriffen werden, hat es allerdings in Sachsen bisher nicht gegeben.

Der Bundesvorsitzende der Liberalen, Christian Lindner, erklärte im Juli 2012 – damals noch als nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender – gegenüber dem Deutschlandradio: »Ich bin nicht Anhänger eines Laizismus, sondern eines republikanischen Säkularismus, also ein Staat, der weltanschaulich neutral ist, der ist nicht blind dafür, dass individuell religiöse Überzeugungen eine ganz große Bedeutung hat und das auch nichts ist, was privat versteckt werden soll, es soll offen gelebt werden.«³⁷ Lindners Aussage macht deutlich, dass er Laizismus für einen kämpferischen Begriff hält, den er in die Nähe der Kirchenfeindlichkeit rückt. Er grenzt den Säkularismus davon ab als einen republikanischen Garant für staatliche Neutralität, ohne dass er in diesem Interview konkret macht, ob er diese Neutralität für bereits bestehend oder für noch anzustreben hält.

33 Vgl. Tabea Mariga Esch, »Freie Kirche im freien Staat«, Das Kirchenpapier der FDP im kirchenpolitischen Kontext der Jahre 1966 bis 1974, Tübingen 2011.

34 Vgl. Daniel Kummetz, »Keine Provokation erwünscht. FDP-Parteitag in Neumünster« in *taz.de* vom 25.11.2012 (<<http://www.taz.de/!106192/>> am 14.1.2013).

35 Vgl. Elke Schäfer, »FDP-Sachsen fordert Ende der Staatsleistungen« in: *Humanistischer Presse Dienst* vom 25.3.2013 (<<http://hpd.de/node/15464>> am 17.4.2013).

36 Internetseite der FDP Sachsen, Klare Regeln für Verhältnis zwischen Kirche und Staat – Trennung, Akzeptanz und Miteinander, Beschluss des 40. Landesparteitags vom 23. März 2013 (<[http://www.fdp-sachsen.de/online/fdp/cisweb4_fdp.nsf/\(File\)/AC76CC32ED473A95C1257B3800690159/\\$File/Neukieritzsch%202013%20%20Kirche%20und%20Staat.pdf](http://www.fdp-sachsen.de/online/fdp/cisweb4_fdp.nsf/(File)/AC76CC32ED473A95C1257B3800690159/$File/Neukieritzsch%202013%20%20Kirche%20und%20Staat.pdf)> am 6.1.2014).

37 Andreas Main, »Der Glaube im Parteiprogramm. Wie sich die Parteien zum Verhältnis von Staat und Religion positionieren« in: *dradio.de* vom 9.5.2012 (<<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/tagfuertag/1751066/>> am 14.1.2013).

2.5 AG Humanistischer Laizismus in der Piratenpartei

Die Piratenpartei hat auf ihrem Parteitag in Offenbach im Dezember 2011 einen Beschluss zum Thema Religion gefasst³⁸, der zwar ohne den Laizismus-Begriff auskommt, aber dennoch sehr deutlich die Trennung von Staat und Kirche fordert: »Trotz der von Verfassungswegen garantierten Religionsfreiheit ist das Staatswesen der Bundesrepublik nicht frei von religiöser (und weltlicher) Privilegierung der traditionellen christlichen Kirchen. (...) Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen.«³⁹ Zudem gibt es in der Piratenpartei seit September 2012 eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft »Humanistischer Laizismus«, die sich laut Selbstdarstellung dafür einsetzt, »Deutschland hin zu einem laizistischen Staat auf humanistischer Grundlage zu entwickeln«.⁴⁰

3. Staatsleistungen, Arbeitsrecht und Religionsunterricht – Themen der Laizisten

Quer durch die Parteien sind es immer wieder die gleichen Punkte, die von den laizistischen Arbeitskreisen thematisiert werden. Es handelt sich dabei zumeist um Fragen der politischen Regulierung von Religion. Verfassungsrechtliche Gesichtspunkte spielen eine geringere Rolle, der mögliche Einfluss von Religionsgemeinschaften auf bestimmte Politikinhalte wie der Familienpolitik wird gar nicht thematisiert.⁴¹ Beispielhaft sollen hier die Äußerungen zur Zahlung von Staatsleistungen an die Kirchen, zum kirchlichen Arbeitsrecht und zur Zukunft des konfessionellen Religionsunterrichts analysiert werden. Weitere häufig angesprochene Bereiche sind die Zusammensetzung von Rundfunkräten, die Problematik »Blasphemieverbot« oder der Gottesbezug in der Verfassung.

3.1 Staatsleistungen

Eine der am häufigsten diskutierten Fragen ist die nach der Zahlung von Staatsleistungen durch die Bundesländer an die Kirchen. Die finanzielle Unterstützung für die Religionsgemeinschaften geht zurück auf den Reichsdeputationshauptschluss aus dem Jahr

- 38 Hannah Beitzer, »Internetpartei war gestern. Bilanz des Piraten-Parteitags« in: *sueddeutsche.de* vom 5.12.2011 (<<http://www.sueddeutsche.de/politik/bilanz-des-piraten-parteitags-internet-partei-war-gestern-1.1226373>> am 14.1.2013).
- 39 Internetseite der Piratenpartei Deutschland, Parteiprogramm – Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland (<<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>> am 14.1.2013).
- 40 Internetseite der Piratenpartei Deutschland, AG Humanistischer Laizismus der Piratenpartei Deutschland (<http://wiki.piratenpartei.de/AG_Humanistischer_Laizismus> am 14.1.2013).
- 41 Vgl. zu einer Klassifizierung von Staat-Kirche-Systemen, die zugleich als Ansatz für die Klassifizierung von Kritik am bestehenden Staat-Kirche-System dienen kann: Michael Minkenberg, Religion, Staat und Politik: »Neuere Entwicklungen der politikwissenschaftlichen Institutionenanalyse und policy-Forschung im Lichte des ›cultural turn‹«, in: Heinz Kittsteiner (Hg.), *Was sind Kulturwissenschaften? 13 Antworten*, München 2004, S. 192.

1803, mit dem die Kirchen für umfangreiche Enteignungen entschädigt werden sollten. In der Weimarer Reichsverfassung wurde die Ablösung der Staatsleistungen bereits als Ziel festgehalten und die Formulierung dann in Artikel 140 des Grundgesetzes i.V.m. Art. 138 Abs. 1 WRV. übernommen. Heute ist die Höhe der Zahlungen in den Ländern unterschiedlich.

Die Laizisten in der SPD erklären dazu: »Das Gebot des Grundgesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen wurde schlichtweg ignoriert. (...) Angesichts des zunehmenden Pluralismus unserer Gesellschaft (...) ist dieser Zustand heute mehr denn je unhaltbar.«⁴² Für die Begründung der Forderung werden also gesellschaftspolitische Argumente angeführt und es wird auf einen zunehmenden – gemeint ist wohl religiösen – Pluralismus Bezug genommen.

In der Bundesarbeitsgemeinschaft Laizismus in der Linken wird sehr bestimmd formuliert: »Alle Konkordats- und Kirchenverträge sind entschädigungslos zu kündigen. Konkordate gelten für die katholische Kirche. Inhaltsgleich ist das für die evangelische Kirche in entsprechenden Gesetzen geregelt. Die entsprechenden Gesetze sind zu streichen.«⁴³ Hierbei beziehen sich die Akteure immer wieder auf eine rechtspolitische Position, wonach sich aus dem Grundgesetz die Pflicht ergebe, die Staatsleistungen zu streichen. Veränderte gesellschaftspolitische Fragestellungen finden hier zur Begründung des Anliegens weniger Beachtung.

Auch der säkulare Arbeitskreis der Grünen formulierte zum Thema Staatsleistungen einen Änderungsantrag für das Bundestagswahlprogramm: »Wir GRÜNE werden uns für die umgehende Ablösung der Staatsleistungen an die beiden großen christlichen Kirchen einsetzen, wie es im Grundgesetz vorgesehen ist.«⁴⁴ Auch hier erfolgt der rechtspolitische Bezug auf Artikel 140 des Grundgesetzes.

Im bereits erwähnten Antrag an den FDP-Landesparteitag in Schleswig-Holstein vom November 2012 hieß es: »Der Bund wird dazu aufgefordert, der Verpflichtung nach Art. 140 GG, 138 WRV endlich nachzukommen und Grundsätze für die Ablösung von Staatsleistungen an Kirchen festzulegen. Unabhängig von der Verpflichtung des Bundes soll das Land Schleswig-Holstein in Verhandlung mit den Religionsgemeinschaften ein-

- 42 Nils Opitz-Leifheit (Hg.), Laizistische Sozis, 3. *Bundestreffen in Berlin am 3. November 2012, Antrag Nr. 1: Laizismus in Deutschland*, 15.1.2013 (<<http://www.laizistische-sozis.eu/inhalt-e-menu/dokumentation/123-beschluss-nr-1-laizismus-in-deutschland>> am 6.1.2014).
- 43 Internetseite der LAG Laizismus in der Linken. NRW, Linke Laizisten: Betriebsverfassungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden, 11.4.2013, (<http://www.laizismus-dielinke-nrw.de/blog_laizismus/post/2013/04/11/linke-laizisten-betriebsverfassungsgesetz-muss-auch-in-kirchlichen-einrichtungen-anwendung-finden/> am 6.1.2014).
- 44 Internetseite von Bündnis 90 / Die Grünen, Anträge und Tagesordnung, *Änderungsantrag zu BTW-D-01*, Antragsnummer BTW-H-01-214-1 (<http://www.gruene.de/partei/bdk-in-berlin/antrage-und-tagesordnung.html?tx_rsmproposal_pi1%5Bproposal%5D=7951&tx_rsmproposal_pi1%5Baction%5D=show&tx_rsmproposal_pi1%5Bcontroller%5D=Proposal&cHash=91b8dfad4cc18675fd303723a0bc2c14> am 6.1.2014).

treten, mit dem Ziel die Staatsleistungen abzulösen.«⁴⁵ Die Antragsteller in Sachsen wählten dagegen eine sehr viel zurückhaltendere Sprache. Zudem wird im Text stark auf veränderte äußere Faktoren als Begründung für den Änderungsvorschlag gesetzt: »Der heutige Umfang und der Anpassungsmechanismus der Staatsleistungen lassen sich nicht mehr hinreichend durch die Historie begründen. (...) Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der zukünftigen sinkenden Finanzausstattung des Freistaates Sachsen gehört diese Regelung auf den Prüfstand.«⁴⁶

3.2 Arbeitsrecht

Das kirchliche Arbeitsrecht hat in den vergangenen Jahren in öffentlichen Debatten eine Rolle gespielt, weil Beschäftigte oder große Gewerkschaften in juristischen Verfahren gegen den Dritten Weg vorgegangen sind. Beispielsweise in der Frage, ob »Gott betreicht« werden darf, hatte das Bundesarbeitsgericht im November 2012 entschieden, dass nur dann ein Streik zulässig ist, wenn beispielsweise den Gewerkschaften keine Verhandlungen seitens des Arbeitgebers ermöglicht werden.⁴⁷

Die arbeitsrechtlichen Sonderbestimmungen für die Kirchen und kirchlichen Träger sind auch Thema in den laizistischen Strömungen der Parteien. So findet sich beispielsweise bei den Laizistischen Sozialdemokraten folgende Forderung: »Arbeitsrechtlich dürfen sie (Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften) nicht Staat im Staat sein. Auch für sie darf nur der übliche Tendenzschutz gelten.«⁴⁸ Die BAG Laizismus der Linken schreibt dazu: »Das Arbeitsrecht muss sicherstellen, dass ein, aus der Sicht der Kirchen, ‚fehlendes privates Wohlverhalten‘, nicht zur Grundlage von Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen und Betrieben gemacht werden darf.«⁴⁹ Und die säkularen Grünen fordern: »Wir wollen für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der ‚Verkündigung‘ das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen.«⁵⁰

- 45 LFA Innen- und Rechtspolitik der FDP Schleswig-Holstein u.a., Freie Religionen für freie Bürgerinnen und Bürger – Für einen weltanschaulich neutralen Staat, Antrag Nr. 2 in: FDP Schleswig-Holstein, Antragsbuch zum Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am 24. November 2012 in der Stadthalle Neumünster.
- 46 Internetseite der FDP Sachsen, Klare Regeln für Verhältnis zwischen Kirche und Staat, aaO. (FN 36).
- 47 Vgl. Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts 1 AZR 179/11 bzw. die Medienberichterstattung dazu. Beispielhaft hier: »Bundesarbeitsgericht lockert Streikverbot der Kirchen« in: *zeit.de* vom 20.11.2012 (<<http://www.zeit.de/karriere/2012-11/urteil-bundesarbeitsgericht-streikverbot-kirche>> am 6.1.2014).
- 48 Nils Opitz-Leifheit (Hg.), Laizistische Sozis, 3. Bundestreffen in Berlin am 3. November 2012, Antrag Nr. 1: Laizismus in Deutschland, aaO. (FN 42).
- 49 Internetseite der LAG Laizismus in der Linken. NRW, Linke Laizisten: Betriebsverfassungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden, aaO. (FN 43).
- 50 Internetseite des Bundesweiten Arbeitskreises säkulare Grüne, Änderungsanträge zum Wahlprogrammentwurf zum Grünen Wahlprogrammentwurf für die Bundestagswahl 2013 (<<http://saekulare-gruene.de/sakulare-grune-anderungsantrage-zum-wahlprogrammentwurf-zum-gruenen-wahlprogrammentwurf-fur-die-bundestagswahl-2013/>> am 6.1.2014).

3.3 Religionsunterricht

In den vergangenen 20 Jahren waren es vor allem die Auseinandersetzungen um Ethik- und Lebenskundeunterricht in Berlin und Brandenburg, in denen konfessioneller Religionsunterricht zugunsten eines nichtreligiösen Fachs infrage gestellt wurde.⁵¹ Als Teil des neu oder wieder entstandenen Wunsches nach einer stärkeren Trennung von Staat und Religion nehmen viele der laizistischen Akteure Bezug auf diese Entwicklungen und wünschen sich ähnliche Modelle. So heißt es im religionspolitischen Papier, das von der sächsischen FDP auf ihrem Landesparteitag im März 2013 beschlossen wurde: »Wir wollen die Erteilung eines konfessionsgebundenen Religionsunterrichts an Schulen zu einem konfessionsungebundenen Religionskunde- und Ethikunterricht weiterentwickeln. Als Angebotsfach kann ein konfessionsgebundener Religionsunterricht zusätzlich angeboten werden.«⁵²

Auch die Laizistischen Sozialdemokraten nehmen in ihren Grundsätzen Stellung zur Zukunft des Religionsunterrichts: »Diese weltanschauliche Neutralität muss sich insbesondere auch im Bildungswesen ausdrücken. In den Schulen ist allen Kindern ein gemeinsamer Ethik- und Religionskundeunterricht in staatlicher Verantwortung zu erteilen.«⁵³ Zugleich sind die Sozialdemokraten aber daran interessiert, ein wichtiges Missverständnis zu vermeiden. So heißt es auf der Internetseite des Arbeitskreises in einem eigenen Abschnitt zu falschen Unterstellungen: »Fehlinformation Nr. 4: Wir wollten den Religionsunterricht abschaffen. (...) Alle Kinder katholischer und evangelischer Konfessionszugehörigkeit sollen weiterhin auf freiwilliger Basis Religionsunterricht erhalten, wenn ihre Eltern dies wollen. Daneben soll aber, wie in Berlin und Brandenburg bereits Alltag, für alle Schülerinnen und Schüler ein neutraler Religionskunde- und Ethikunterricht angeboten werden.«⁵⁴

Wiederum in der radikalsten Form forderte die Bundesarbeitgemeinschaft Laizismus der Linken durchgreifende Veränderungen: »Konfessionelle Unterweisung (Religionsunterricht), Schulgebet, Schulgottesdienst und religiöse Symbole wie das Kruzifix haben an öffentlichen Schulen nichts zu suchen.«⁵⁵ Dieser Punkt sollte ins Bundestagswahlprogramm der Partei aufgenommen werden, konnte aber letztlich im Gegensatz zu zahlreichen anderen laizistischen Forderungen, wie der Streichung von religiösen Bezügen

51 Vgl. dazu Ulrich Willems, »Reformbedarf und Reformfähigkeit der Religionspolitik in Deutschland« in: *Zeitschrift für Politik* 55, Nr. 1 (2008), S. 49–63.

52 Internetseite der FDP Sachsen, Klare Regeln für Verhältnis zwischen Kirche und Staat, aaO. (FN 36).

53 Nils Opitz-Leifheit (Hg.), Laizistische Sozis, *Grundsätze der Laizistischen Sozis* (<<http://www.laizistische-sozis.eu/inhalte-menu/dokumentation/123-beschluss-nr-1-laizismus-in-deutschland>> am 6.1.2014).

54 Nils Opitz-Leifheit (Hg.), Laizistische Sozis, *Klarstellung zu Fehlinformationen* (<<http://www.laizistische-sozis.eu/inhalte-menu/klarstellung-faq-irrtuemer-ueber-uns>> am 6.1.2014).

55 Internetseite der LAG Laizismus in der Linken. NRW, Linke Laizisten: Betriebsverfassungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden, 13.4.2013, (<http://www.laizismus-dielinke-nrw.de/blog_laizismus/kategorie/kirchliches-arbeitsrecht/seite/1/> am 6.1.2014).

in der Verfassung oder der Abschaffung der Kirchensteuer, nicht durchgesetzt werden.⁵⁶

Auch bei Bündnis 90/Die Grünen gab es einen Änderungsantrag zum Bundestagswahlprogramm, der sich mit dem Religionsunterricht befasst. Mariana Pinzón Becht, eine der Sprecherinnen des Arbeitskreises Säkulare Grüne, formulierte: »Wir wollen, dass SchülerInnen nicht länger getrennt nach Bekenntnissen lernen, sondern ihnen gemeinsam in Schulen Kenntnisse über Religionen und Weltanschauungen vermittelt werden; (...) Wir wollen die Debatte über die hierzu notwendigen Änderungen des Grundgesetzes und der Landesverfassungen eröffnen.«⁵⁷ Auch dieser Text ging nicht in das Wahlprogramm ein.

4. Religionspolitische Forderungen im Bundestagswahlkampf 2013

Eine Betrachtung der religiopolitischen Forderungen der Parteien im Bundestagswahlkampf 2013 zeigt nun, wie stark oder wie schwach die säkularistischen und laizistischen Forderungen der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in die jeweilige Gesamtpartei ausstrahlen. Mit einem Blick zurück in die Programme zur Bundestagswahl 2009 lässt sich zudem zeigen, inwieweit Forderungen nach einer stärkeren Trennung von Staat und Kirche zum religiopolitischen Themenkanon hinzugekommen sind.

4.1 Rückblick auf den Bundestagswahlkampf 2009

Allein ein Vergleich des Umfangs der religiopolitischen Aussagen in den Wahlprogrammen von 2009 und 2013 lässt vermuten, dass es in den vier dazwischen liegenden Jahren viel Bewegung in diesem Feld gegeben hat. Im Jahr 2009 widmete die SPD in ihrem Wahlprogramm dem Thema Religion nur drei knappe Zeilen: »Eine solidarische Bürgersgesellschaft ist ohne den Einsatz von Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht denkbar. Sie sind für uns zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.«⁵⁸ Die Linke hatte zur Bundestagswahl 2009 noch gar keinen gesonderten Abschnitt zum Thema Religion. Der Begriff taucht dort lediglich im Zusammenhang mit dem Engagement der Partei gegen Diskriminierung auf.⁵⁹ Auch für die Piraten spielte Religion in diesem Bundestagswahlkampf keine Rolle.⁶⁰

56 Vgl. Abschnitt 4.3.

57 Internetseite von Bündnis 90 / Die Grünen, Anträge und Tagesordnung, Änderungsantrag zu BTW-D-01, Antragsnummer BTW-D-01-192 (<http://www.gruene.de/partei/bdk-in-berlin/anträge-und-tagesordnung.html?tx_rsmproposal_pi1%5Bproposal%5D=9951&tx_rsmproposal_pi1%5Baction%5D=show&tx_rsmproposal_pi1%5Bcontroller%5D=Proposal&ccHash=cfd8af1e71dac73b3fd548bd3e9349de> am 6.1.2014).

58 *Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland.* Das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2009, S. 61.

59 *Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.* Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Bundestagswahl 2009.

60 Wahlprogramm der Piratenpartei zur Bundestagswahl 2009 (<http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm> am 6.1.2014).

Das religionspolitische Hauptaugenmerk bei den Grünen lag 2009 im Bereich der Islampolitik.⁶¹ Eigens dafür gab es das Kapitel »Islam gleichstellen – Islam integrieren«⁶², in dem unter anderem die Frage der Gleichstellung der Glaubensgemeinschaft thematisiert wird: »Schon jetzt sind viele Bausteine der Gleichstellung des Islams auf Landesebene und in den Kommunen umsetzbar: von der Einrichtung islamischer Friedhöfe bis hin zur Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen – einiges davon ist heute schon realisiert.«⁶³

Zwischen Feuerwehren und Selbsthilfegruppen gab es im Unions-Bundestagswahlprogramm 2009 unter dem Punkt »Zur aktiven Bürgergesellschaft ermutigen« zwei kurze Abschnitte zu Religion und Kirchen: »Wir messen den christlichen Kirchen eine große Bedeutung für das geistige Klima und das menschliche Miteinander in Deutschland zu. Religionsgemeinschaften vermitteln Werte, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft ausüben. (...) Am besonderen Verhältnis von Staat und Kirchen im Grundgesetz, wozu die Kirchensteuer gehört, halten wir deshalb fest. Ausdruck der bewährten Partnerschaft sind auch die Seelsorge an den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die theologischen Fakultäten an deutschen Universitäten.«⁶⁴

Am ausführlichsten nahm die FDP seinerzeit Stellung und forderte unter der Überschrift »Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht einschränken«: »Liberale bekennen sich zur weltanschaulichen Neutralität des Staates. Wir halten an dem Kooperationsprinzip fest, nach dem Staat und Religionsgemeinschaften je eigenständig und zugleich im Sinne des Gemeinwohles aufeinander bezogen sind. Die FDP setzt auf die Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften durch den Staat. (...) Im Hinblick auf die gewünschte Einbindung nichtkirchlicher Religionen sollen im Sinne der Gleichbehandlung im Einvernehmen mit den betroffenen Religionsgemeinschaften rechtliche Regelungen gesucht werden.«⁶⁵ Somit war die FDP im Wahlkampf 2009 die einzige Partei, die ohne den Blick auf eine einzelne Glaubensgemeinschaft die staatliche Neutralität erwähnte und sich für die Gleichbehandlung der Religionen aussprach. Eine stärkere Trennung von Staat und Religion verlangten die Liberalen dabei aber nicht, die Gleichbehandlung sollte über den kooperativen Weg entstehen.

4.2 Forderungen nach kooperativer Religionspolitik im Wahlkampf 2013

Um zu sehen, wie stark die Debatten um Laizismus und Säkularismus die Parteien bis zur Bundestagswahl 2013 geprägt haben, ist es sinnvoll, laizistische Forderungen und solche nach einer kooperativen Religionspolitik zu trennen. So finden sich im Wahlpro-

61 Der Begriff »Islampolitik« ist diskussionswürdig, soll hier aber vorläufig verwendet werden.

62 *Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag*, Programm von Bündnis 90/ Die Grünen zur Bundestagswahl 2009, S. 150.

63 *Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag*, aaO. (FN 62), S. 151.

64 *Wir haben die Kraft*. Gemeinsam für unser Land, Regierungsprogramm 2009-2013. Programm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2009, S. 54.

65 *Die Mitte stärken*. Deutschlandprogramm 2009, Programm der FDP zur Bundestagswahl 2009, S. 41.

gramm der SPD im Kapitel »Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken« Aussagen, die weiter auf ein kooperatives Verhältnis der bundesdeutschen Politik zu den Glaubensgemeinschaften setzen: »In den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind wichtige Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethischer Fragen.«⁶⁶ Ähnliches findet sich im Kapitel »Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige.« Hier knüpfen die Sozialdemokraten an das Programm von 2009 an.

Die FDP wiederholte 2013 im Grunde ihre Forderungen aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf, allerdings ohne dass es einen eigenen Abschnitt zum Thema gibt. Im Kapitel »Vielfalt leben – Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft« heißt es: »Wir treten ein für die Gleichbehandlung von Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat. Dessen weltanschauliche Neutralität muss grundsätzlich gewährleistet sein. Während erstere einen wertvollen Beitrag zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Gesellschaft leisten, insbesondere im karitativen Bereich und in der Vermittlung von Werten, lebt letzterer von ethischen Voraussetzungen, die er selber nicht erbringen kann.«⁶⁷

Die Unionsparteien haben dem Thema Kirchen und Religionsgemeinschaften im Jahr 2013 mehr Aufmerksamkeit gewidmet und ein eigenes Kapitel eingefügt. Dort heißt es unter der Überschrift »Werte stärken unser Land«: »CDU und CSU bekennen sich ausdrücklich zur christlichen Prägung unseres Landes wie auch zum Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung.«⁶⁸ Im Abschnitt zur »Bildungsrepublik Deutschland« finden sich auch Aussagen zum Religionsunterricht inklusive eines Verweises auf vermeintliche Forderungen der politischen Konkurrenz: »Religionsunterricht muss als eigenständiges Fach an unseren Schulen verankert sein. Wer wie die Grünen die Abschaffung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts fordert, ebnnet den Weg zu einer Aushöhlung der für unsere Gesellschaft prägenden christlichen Werte. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Andere Unterrichtsinhalte wie Philosophie oder Ethik sind kein Ersatz für den Religionsunterricht und erfüllen schwerlich den Auftrag unseres Grundgesetzes. Auf der Grundlage der Verfassung treten wir auch für islamischen Religionsunterricht an den Schulen ein.«⁶⁹ Hier sahen sich die Unionsparteien offensichtlich genötigt, ihren Wunsch nach Erhalt des konfessionellen Religionsunterrichts festzuhalten. Das scheint eine Reaktion auf die Debatten um Ethik- und Religionsunterricht zu sein, wobei sich der einzelne Hinweis auf die Grünen inhaltlich kaum begründen lässt und eher strategischer Natur gewesen sein dürfte.⁷⁰

66 *Das Wir entscheidet*. Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013, S. 98.

67 *Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt*, Programm der FDP zur Bundestagswahl 2013, S. 44.

68 *Gemeinsam erfolgreich für Deutschland*. Regierungsprogramm 2013-2017. Programm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2013, S. 68.

69 *Gemeinsam erfolgreich für Deutschland*, aaO. (FN 68), S. 22.

70 Die CDU setzte in diesem Wahlkampf verstärkt auf Angriffe gegen Bündnis 90/ Die Grünen.

4.3 Laizistische Positionen

Etwas kompliziert formulierten die Sozialdemokraten im Jahr 2013 ihre Position zum Dritten Weg im Arbeitsrecht: »Soweit die Kirchen und ihre Einrichtungen in Caritas und Diakonie Arbeitgeber sind, muss die Grenze ihres Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrechts als Arbeitgeber von den Grundrechten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer her bestimmt werden und nicht umgekehrt. (...) Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und muss auch im kirchlichen Bereich gelten.«⁷¹

Bei der Linken gab es auf dem Bundesparteitag im Juni 2013 in Dresden, auf dem das Wahlprogramm beschlossen wurde, kurzfristig erfolgreiche Änderungsanträge der laizistischen Strömung, die den bereits vorhandenen Abschnitt des Wahlprogramms zum Bereich Religion erweiterten und teilweise erheblich verschärften.⁷² Der Programmenvorschlag des Parteivorstandes der Linken begann mit der Verteidigung des Rechts »aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion.«⁷³ Weitere Forderungen im Ursprungsentwurf waren das Streikrecht und insgesamt bessere Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen; die Vermittlung von Wissen über Religionen in den Schulen, die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen und die Abschaffung der Militärseelsorge.⁷⁴

Die auf dem Parteitag beschlossenen Anträge führten dazu, dass gleich im ersten Absatz auf das Bekenntnis zur Religionsfreiheit die Forderung nach einer »institutionellen Trennung von Staat und Kirche«⁷⁵ folgt. Weiterhin wurde der Absatz zu Arbeitnehmerrechten um die sehr konfrontative Formulierung erweitert, dass die durch »kirchliche Arbeitgeber ausgeübte Diskriminierung von Beschäftigten aufgrund ihrer Lebensumstände«⁷⁶ gesetzlich beendet werden müsse.

Schließlich rüttelt Die Linke in grundsätzlicher Weise am bestehenden Verhältnis von Staat und Religion in der Bundesrepublik: »Verfassungen dürfen keine religiösen Bezüge aufweisen. (...) Die Kirchensteuer gehört abgeschafft. Für die Erhebung und Eintreibung von Mitgliedsbeiträgen und damit verbunden auch für die Mitgliederverwaltung an sich sollen ausschließlich die Religionsgemeinschaften selbst zuständig sein. Eine Erhebung

71 *Das Wir entscheidet*. Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013, S. 22.

72 Ralf Michalowsky / Siegfried Krebs, »Laizismus im Wahlprogramm der Linken« in: *Humanistischer Pressedienst* vom 18.6.2013 (<<http://hpd.de/node/16184>> am 6.1.2014).

73 Internetseite der Partei Die Linke, *Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm DIE LINKE 2013*. Verabschiedet im Parteivorstand am 14.4.2013 <<http://www.die-linke.de/fileadmin/documents/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf>>.

74 Internetseite der Partei Die Linke, Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm DIE LINKE 2013, aaO. (FN 73).

75 Ralf Michalowsky / Siegfried Krebs, »Laizismus im Wahlprogramm der Linken«, aaO. (FN 72).

76 Ralf Michalowsky / Siegfried Krebs, »Laizismus im Wahlprogramm der Linken«, aaO. (FN 72).

der Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit durch die Meldeämter wird dadurch überflüssig und kann wegfallen.«⁷⁷

Die Entscheidung zur Ergänzung des Wahlprogramms um diese stark laizistisch geprägten Forderungen war innerhalb der Partei jedoch keineswegs unumstritten. Der frühere religionspolitische Sprecher der Linken im Bundestag, Bodo Ramelow, meldete sich am Morgen nach der Beschlussfassung mit einer persönlichen Erklärung zu Wort und erklärte gegenüber den Parteitagsdelegierten, dass er wegen der Ergänzungen des religionspolitischen Teils das Wahlprogramm insgesamt nur ablehnen könne. In einem Interview mit der TAZ erläuterte der bekennende Christ Ramelow einige Wochen später: »Die PDS hatte ein höheres Maß an Toleranz im Umgang mit Christen als die Linkspartei.«⁷⁸ Allerdings bezeichnete er die Beschlüsse des Dresdner Parteitages zugleich als »Betriebsunfall«, zahlreiche Diskussionen im Nachgang hätten ihm gezeigt, dass sein »Werben für die Bedeutung der Religion auf viel Zustimmung« stoße.⁷⁹ Bemühungen um eine Schadensbegrenzung sind hier nicht zu überhören.

Die Grünen formulierten in ihrem Bundestagswahlprogramm 2013: »Ein wichtiges Ziel inklusiver Politik ist die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen. Während bisher vor allem die christlichen Kirchen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen, sind andere Gemeinschaften vereinsrechtlich organisiert. Grüne Politik wird ergebnisoffen nach Wegen suchen, diese rechtliche Ungleichheit zu beseitigen.«⁸⁰ Zum Arbeitsrecht gibt es allerdings mehr als eine ergebnisoffene Lösungssuche, zu diesem Bereich heißt es relativ konkret: »Wir werden mit den Kirchen, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich Beteiligten in einen Dialog treten, damit sich die Situation der Beschäftigten verbessert. (...) Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der Verkündigung das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen.«⁸¹

Die Grüne-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl Katrin Göring-Eckardt antwortete auf eine Frage zur Religionspolitik auf der parteieigenen Webseite: »Ich halte die gegenwärtige Trennung grundsätzlich für tragfähig und gut. (...) Der so genannte Dritte Weg ist aus meiner Sicht nur dann tragfähig, wenn der Dialog zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen auf Augenhöhe geführt wird und wenn Ausgliederungen und Lohndumping geahndet werden. Wenn die Arbeitsbedingungen sich aber gerade nicht positiv von anderen unterscheiden, fehlt die Legitimation.«⁸² Selbst Göring-Eckardt, die als frühere Kirchentagspräsidentin und Präsidentin der Synode der evangelischen

77 100% sozial, Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Bundestagswahl 2013, S. 85.

78 Sebastian Haak, »Die PDS war toleranter. Bodo Ramelow über Linke und Religion, Interview vom 22.8.2013« in: *taz.de* (<<http://www.taz.de/!122263/>> am 6.1.2014).

79 Sebastian Haak, »Die PDS war toleranter«, aaO. (FN 78).

80 *Zeit für den Grünen Wandel*. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen, Programm von Bündnis 90/ Die Grünen zur Bundestagswahl 2013, S. 229.

81 *Zeit für den Grünen Wandel*, aaO. (FN 80), S. 229.

82 Internetseite von Bündnis 90/ Die Grünen, Urwahl – Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten, Frage 6: Trennung von Staat und Kirche, Katrin Göring-Eckart antwortet (<<http://www.gruene.de/partei/urwahl/frage-6-trennung-von-staat-und-kirche.html>> am 6.1.2014).

Kirche bisher keinen Hang zu laizistischen Forderungen erkennen ließ, sieht also unter Umständen Korrekturbedarf im Bereich des kirchlichen Arbeitsrechts.

Es ist überraschend, dass ausgerechnet die Piratenpartei in ihrem Wahlprogramm nur eine relativ knappe religionspolitische Forderung festhielt, die auch das kirchliche Arbeitsrecht betrifft: »Die Piratenpartei tritt dafür ein, die Kirchen im Arbeitsrecht mit den übrigen Tendenzbetrieben gleichzustellen. Damit würden Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Streikrecht, Koalitionsfreiheit und Arbeitnehmerrechte entsprechend dem Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht gelten.«⁸³ Diese Zeilen stellen die viel weitergehenden Positionen des Grundsatzprogramms der Piraten sicherlich nicht infrage. Für Wähler, die sich nur mit dem Wahlprogramm der Partei beschäftigten, blieb damit aber ein Großteil der laizistischen Positionen im Verborgenen.

5. Versuch einer Einordnung der Laizismusforderungen

Von Akteuren der laizistischen Strömungen wird immer wieder Frankreich als Vorbild hinsichtlich des Staat-Kirche-Verhältnisses angegeben. So fand Raju Sharma, der zwischen 2009 und 2013 religionspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Linken war, in seiner Rede zu einem Antrag zur Religionsfreiheit sehr lobende Worte für das französische Modell: »Auch in manch anderer Hinsicht findet staatliche Ungleichbehandlung statt. (...) Hier könnten wir von unseren Nachbarn lernen: In Frankreich ist der Laizismus als Grundsatz in der Verfassung festgeschrieben – wir haben Gott in der Präambel des Grundgesetzes.«⁸⁴

Da die handelnden Politiker selbst Bezug auf Frankreich nehmen, lohnt sich der Blick in das Mutterland der Laizität, auch um die Forderungen der laizistischen Strömungen einordnen zu können. Einen der überzeugendsten Systematisierungsansätze der Debatten über die heutige Auslegung des Laizitätsprinzips hat Alois Müller vorgenommen.⁸⁵ Er unterscheidet zwei Typen von Diskursen: den neorepublikanischen, der die Normativität der klassischen Idee der Laizität im Rahmen eines gleichheitszentrierten Republikanismus wiederherstellen wolle, und den Menschenrechtsdiskurs, der im Rahmen

83 Wir stellen das mal infrage. Programm der Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2013, S. 84.

84 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 55. Sitzung, 8. Juli 2010, *Plenarprotokoll 17/55*, 5590 A.

85 Müller ist allerdings nicht der »Erfinder« einer solchen Typologisierung. Die Diskussionen um die Interpretation des Laizitätsprinzips sind mindestens so alt wie das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche von 1905. Dabei wurden zumeist zwei Idealtypen unterschieden: Die liberale und die strikte Laizität. Müller hat diese Einteilung grundsätzlich übernommen und begrifflich weiterentwickelt. Vgl. Alois Müller, »Wie laizistisch ist Frankreich wirklich? Von der kämpferischen zur offenen Laizität« in: Manfred Brocker / Hartmut Behr / Mathias Hildebrandt (Hg.), *Religion – Staat – Politik. Zur Rolle der Religion in der nationalen und internationalen Politik* (= Religion und Politik), Wiesbaden 2003, S. 70 und Alois Müller, »Laizität und Zivilreligion in Frankreich. Zur Debatte über die »laïcité ouverte«« in: Rolf Schieder (Hg.), *Religionspolitik und Zivilreligion*, Baden-Baden 2001, S. 155.

des Konzepts einer differenzialistischen Demokratie eine offene, deliberative und vermittelnde Laizität vorschlage.⁸⁶

Von Müllers Analyse ausgehend lassen sich zwei Typen unterscheiden, auf die zur Einordnung der politischen Debatten um Laizismus und Säkularismus in Deutschland zurückgegriffen werden kann: die »differenzialistischen Demokraten« und die »universalistischen Republikaner«. Erstere charakterisieren sich durch ein offenes, deliberatives Laizitätsverständnis, die Betonung der Menschenrechte und Forderung nach Toleranz gegenüber kultureller Differenziertheit, sowie das Wertlegen auf Einzelinteressen. Die universalistischen Republikaner charakterisieren sich dagegen durch ein normatives Laizitätsverständnis, die Betonung republikanischer Werte, die Forderung nach weitgehender kultureller Angleichung und das Wertlegen auf das Gemeinschaftsinteresse.⁸⁷

Welches Laizitätsverständnis spielt nun in der deutschen Debatte die stärkere Rolle: offen und differenzierend oder normativ und universalistisch? Die dargestellten Forderungen der Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften lassen sich überwiegend eher den universalistischen Republikanern zuordnen. Oftmals zielen die Aussagen stärker in Richtung einer Religionslosigkeit des öffentlichen Raums anstatt nur auf staatliche Neutralität, etwa wenn der unbestimmte Gottesbezug aus der Verfassung gestrichen oder ein »laizistischer Staat auf humanistischer Grundlage« geschaffen werden soll. Auch die Forderung, dass der Staat sich gänzlich aus der Finanzierung der Glaubensgemeinschaften zurückziehen soll, ist universalistisch. Nicht zuletzt zeigt der Anspruch, den Religionsunterricht komplett aus den Schulen zu verdrängen, dass wenig oder gar keine Rücksicht auf die Betroffenen genommen wird. Es sollen neue Bestimmungen ohne Berücksichtigung der jeweiligen historischen und rechtlichen Ausgangslage geschaffen werden. Konkret findet sich dieses Laizitätsverständnis vor allem in den laizistischen Strömungen der Linken und der Piratenpartei, weniger bei den Grünen und der SPD, wo zum Beispiel Religionsunterricht als Wahlfach in den Schulen erhalten bleiben soll. In der FDP ist der gescheiterte Landesparteitagsantrag aus Schleswig-Holstein hier einzuordnen, während der erfolgreiche Antrag aus Sachsen durch seine zurückhaltende Sprache eher bei den differenzialistischen Demokraten einzuordnen wäre.

Für ein Laizitätsverständnis der differenzialistischen Demokraten sprechen Forderungen nach einem »gleichen Abstand« des Staates zu allen Religionen. Dies gilt beispielsweise im Fall des Arbeitsrechts, das für alle gleichermaßen gelten soll. Eine Korrektur am Dritten Weg wäre eine konkrete Interessenvertretung der Beschäftigten bei kirchlichen Trägern, bei der es nicht um eine universalistische Durchsetzung eines anderen Staat-Kirche-Systems geht. Da sich der Wunsch nach arbeitsrechtlichen Änderungen in allen laizistischen Arbeitskreisen findet, sind folglich bei SPD, Grünen, Linken und Piratenpartei auch Äußerungen nachweisbar, die den differenzialistischen Demokraten zuzuordnen wären.

86 Vgl. Alois Müller, Laizität und Zivilreligion in Frankreich. a.a.O. (FN 85).

87 Vgl. Alois Müller, Laizität und Zivilreligion in Frankreich. a.a.O. (FN 85) und zur weiteren Analyse der Typen in Bezug auf die französische Kopftuchdebatte vgl. Frank Schenker, *Das Kopftuchverbot an Frankreichs Schulen. Eine Policy-Analyse*, Frankfurt am Main 2007.

Die überwiegende Zahl der genannten Positionen der laizistischen Arbeitskreise scheint momentan weder innerparteilich – mit Ausnahme der Linken und der Piratenpartei – noch in den Parlamenten auf Bundes- noch auf Landesebene mehrheitsfähig zu sein. Es gilt jedoch: je offener und dialogorientierter sie vorgetragen werden, desto größer ist die Bereitschaft darüber zu verhandeln. Auch hier kann auf das Thema kirchliches Arbeitsrecht verwiesen werden, das es im Gegensatz zu anderen laizistischen Forderungen ins Bundestagswahlprogramm verschiedener Parteien geschafft hat.

6. Fazit

Geht nun also das Gespenst des Laizismus um in Deutschland? Müssen die Vertreter der christlich geprägten Parteien damit rechnen, dass ihnen wie in der Zeichentrickserie Richard Dawkins in Alpträumen erscheint? Es ist festzuhalten, dass in drei der fünf noch im Bundestag vertretenen Parteien laizistische oder säkulare Arbeitskreise gegründet wurden. Auch in der FDP und in der Piratenpartei, die beide in mehreren Landtagen vertreten sind, gibt es – mehr oder weniger stark – Unterstützung für laizistische Forderungen. Die Regierungsparteien sahen sich nach der Bundestagswahl 2013 offenbar in der Pflicht im Koalitionsvertrag Aussagen zu einigen religiopolitischen Fragen festzuhalten: »Zahlreiche Leistungen kirchlicher Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger sind nur möglich, weil die Kirchen im erheblichen Umfang eigene Mittel beisteuern und Kirchenmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. Wir halten daher auch am System der Kirchensteuern fest, damit die Kirchen Planungssicherheit haben. (...) Zugleich wollen wir die kirchlichen Dienste weiter unterstützen. Dabei achten wir die kirchliche Prägung der entsprechenden Einrichtungen.«⁸⁸ Gerade der letzte Satz muss wohl so verstanden werden, dass es im Feld des kirchlichen Arbeitsrechts keine Veränderungen geben soll.

Ebenfalls wird klar gestellt, dass es in der 18. Legislaturperiode des Bundestages keine grundlegende Veränderung des bestehenden Staat-Kirche-Verhältnisses geben soll: »Das bewährte Staatskirchenrecht in unserem Land ist eine geeignete Grundlage für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften.«⁸⁹ Einen solchen Hinweis hielten die Koalitionsparteien der Vorgängerregierung im Jahr 2009 offensichtlich nicht für notwendig.⁹⁰ In dieser expliziten Unterstützung des bestehenden Rechtszustands darf man eine Reaktion auf die religiopolitischen Forderungen der jüngsten Zeit nach einer strikteren Trennung lesen.

88 *Deutschlands Zukunft gestalten*. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 113 (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-1-2-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=9100A42C6167519E7E3340071D39321C.s2t2?__blob=publicationFile&v=2> am 6.1.2014).

89 *Deutschlands Zukunft gestalten*, aaO. (FN 88), S. 113.

90 *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt*. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FPD. 17. Legislaturperiode, S. 94 (<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile> am 6.1.2014).

Insgesamt hat die Untersuchung der innerparteilichen Debatten um laizistische Forderungen allerdings auch gezeigt, dass die entsprechenden Strömungen in allen Parteien auf erhebliche Widerstände stoßen, die sich im Einzelnen auf zwei Ebenen zeigen: Einseitig in der ablehnenden Diskussion laizistischer Inhalte und andererseits in Strukturenscheidungen, die über formale Argumente faktisch die Anerkennung innerhalb der Parteistruktur verhindern. Strikte laizistische Forderungen scheinen bisher nur bei der Piratenpartei und bei der Linkspartei mehrheitsfähig zu sein, wobei letztere wohl nach Veränderungen in den personellen Verantwortlichkeiten im Bereich Religionspolitik auch neue Debatten über eine moderatere Positionierung führen wird.⁹¹

Die laizistischen Arbeitskreise können durchaus als mal mehr, mal weniger gemäßigt daherkommender »parteipolitischer Arm« des »neuen Atheismus« angesehen werden. Genau wie für die außerparlamentarischen Initiativen gilt jedoch auch für die Parteiströmungen, dass es in der Bevölkerung keine nennenswerte Anhängerschaft laizistischer Positionen gibt.⁹² Die hohe Zahl an Kirchenaustritten als Unterstützung für säkularistische Initiativen zu werten, wie dies von entsprechenden Vertretern reklamiert wird, scheitert empirisch an den religionssoziologischen Befunden zur zwar zunehmend indifferenten, aber keineswegs glaubens- oder kirchenfeindlichen Einstellung in der Bevölkerung.⁹³ Zumindest mittelfristig dürfte es also keine grundlegenden Veränderungen im bundesdeutschen Staat-Kirche-Verhältnis geben.

Abzusehen ist, dass der Diskussionsprozess auch nach der Bundestagswahl 2013 weiter gehen wird. Am 27. Dezember 2013 twitterte Volker Beck, der erst wenige Tage zuvor zum neuen religionspolitischen Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion ernannt wurde: »bin dafür § 166 StGB (ehemals Gotteslästerung) zu streichen + §§ 167 (Störung der Religionsausübung) 123 (Hausfriedensbruch) StGB anzugeleichen«.⁹⁴ Seine Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt antwortete ihm allerdings schon nach etwa einer Stunde öffentlich: »@Volker_Beck wenn alles eins ist, nimmt man das Andere nicht mehr wahr und die Anderen nicht ernst. Bleibt #Diskussionsbedarf«.⁹⁵ Aber schlussendlich ist und bleibt der neue politische Laizismus ein Projekt aktiver, aber nicht mehrheitsfähiger Minderheiten in der deutschen Öffentlichkeit wie in den Reihen der Parteien.

91 Raju Sharma, der zwischen 2009 und 2013 religionspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag war und Initiativen wie den Antrag zur Ablösung der Staatsleistungen angestoßen hatte, ist mit dem Ende der Legislatur aus dem Bundestag ausgeschieden. Vgl. Daniela Siebert, »Offen für weltanschauliche Debatten. Neue Bundestagsabgeordnete, neue religionspolitische Impulse?« in: *deutschlandfunk.de* vom 1.10.2013 (<http://www.deutschlandfunk.de/offen-fuer-weltanschauliche-debatten.886.de.html?dram:article_id=263559> am 6.1.2014).

92 Vgl. Pickel / Gladkich, Politischer Atheismus, aaO. (FN 1).

93 Vgl. Pickel / Gladkich, Politischer Atheismus, aaO. (FN 1).

94 Twitter-Kanal von Volker Beck, Eintrag vom 27.12.2013 (<https://twitter.com/Volker_Beck/status/416482970317238272> am 27.12.2013).

95 Twitter-Kanal von Katrin Göring-Eckardt, Eintrag vom 27.12.2013 (<<https://twitter.com/GoeringEckardt/status/416499284469874689>> am 27.12.2013).

Zusammenfassung

Das alte Spannungsfeld von Staat und Religion erfährt eine neue Politisierung, das Staat-Kirche-Verhältnis an sich wird zum Thema in den Parteien. In der SPD, bei den Linken, den Grünen und der Piratenpartei gibt es aktive laizistische bzw. säkularistische Arbeitsgruppen, auch in der FDP werden die entsprechenden Debatten geführt. Die konkreten Angriffspunkte sind quer durch die Parteien häufig gleich. So wird über die Frage der von den Bundesländern gezahlten Staatsleistungen gesprochen, über den Dritten Weg beim kirchlichen Arbeitsrecht und nicht zuletzt über die Zukunft des konfessionellen Religionsunterrichts.

Eine Betrachtung der religionspolitischen Aussagen in den Programmen zur Bundestagswahl 2013 zeigt, wie schwach oder stark die laizistischen Forderungen bereits im jeweiligen Mainstream der Parteien angekommen sind. So lässt sich unabhängig vom konkreten Inhalt zuerst feststellen, dass in der Mehrheit der Programme die Religionspolitik einen größeren Stellenwert bekommen hat als noch 2009.

Schließlich werden im Text Parallelen zur Auslegung der Laizität in Frankreich gezogen, um die bundesdeutschen Laizismusvorstellungen zumindest vorläufig einordnen zu können. Bezogen auf die Typen, die in der Debatte um die Laïcité herausgearbeitet wurden, zeigt sich, dass in Deutschland vor allem normativ und universalistisch nach einer stärkeren Trennung von Staat und Kirche gerufen wird. Diese Rufe werden zwar – so das Fazit – in den Parteien gehört, scheinen jedoch in der Mehrzahl der Fälle mittelfristig nicht mehrfähig. Eine laizistische Bundesrepublik steht nicht am Horizont.

Summary

The old area of conflict concerning state and religion has thrived through a new politicization, and the state-church-relation becomes a hot topic within all political parties. SPD, the Left Party, the Greens and the Pirate Party each hold active secularist groups. Members of the FDP are also discussing these issues. The specific targets are nearly the same in each party. The issue of benefits for churches paid by federal states, the so-called »Third Way« for churches concerning labor legislation, and the future of confessional religious education in public schools are discussed. A consideration of religious and political statements found in the programs for the Bundestag election in 2013 show how weak or strong the secular demands have already arrived in the respective parties' mainstream. First and foremost, it can be seen that in most political programs religious policies have gained greater significance than during the elections of 2009. Lastly, the article draws parallels to France in order to classify the German debates on laicism. In terms of categories that have been worked out in the debate about the Laïcité, it can be concluded that the demand for a greater separation of church and state in Germany is mainly normative and universal. These calls are heard by the different political parties,

but it seems as if they will not become major policies in the next few years. There seems to be no laicistic Germany coming up.

Frank Schenker, Debates on Laicism and Secularism in German Political Parties

Interdisziplinäre Antisemitismusforschung

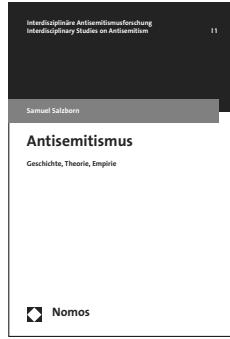


Antisemitismus in deutschen Parteien

Herausgegeben von Dana Ionescu
und Samuel Salzborn

2014, Bd. 2, 323 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8487-0555-9

www.nomos-shop.de/21103



Antisemitismus

Geschichte, Theorie, Empirie

Von Samuel Salzborn

2014, Bd. 1, 211 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8487-1113-0

www.nomos-shop.de/22201

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos